

Editorial	2
Kanton Luzern	5
SVP Schweiz	8

SVP-Frauenkommission	12
Amt Luzern Stadt	14
Amt Luzern Land	15

Amt Sursee	16
Amt Willisau	17
Kalender	18

AZB
6014 Littau
PP Journal
Postcode 1

2. Januar 2014:
Christoph Blocher
ehrt grosse
Zentralschweizer



4

Am 9. Feb. 2014:
Ja zu «Gegen
Massenein-
wanderung»



8

Gründungsfeier der SVP-
Ortspartei
Udligenswil



16

Inhaltsverzeichnis

SVP-Asylinitiative läutet die Kehrtwende
in der Luzerner Asylpolitik ein! 1/11-12

Editorial 2

SVP Luzern TV: aktuelle Themen 3

Würdigung grosser Zentralschweizer 4

Familieninitiative: Ganze Luzerner SVP
im Einsatz 5

Öffentliche Veranstaltung:
Führt uns die Masseneinwanderung in
die Sackgasse? 5

Gremiensitzungen und Delegiertenver-
sammlung in Althofen und Reiden 7

Peter With zum Wahlkampfleiter gewählt 7

Gegen Masseneinwanderungen 8

EU-Staaten: Einschränkung der
Personenfreizügigkeit gefordert! 8

Bevormundungs-Staat Schweiz? 11

SVP Berghof-Gemeinden 12

Frauenkommission: Thementag Kriens 12

Neue Präsidentin Frauenkommission 13

Heiligt der Zweck alle Mittel? 14

Städtische Volksabstimmungen Feb. 14 14

Neues Sitzbänkli in Schwarzenberg 15

Gründung SVP-Ortspartei Udligenswil 16

Gründung SVP-Ortspartei Sempach 16

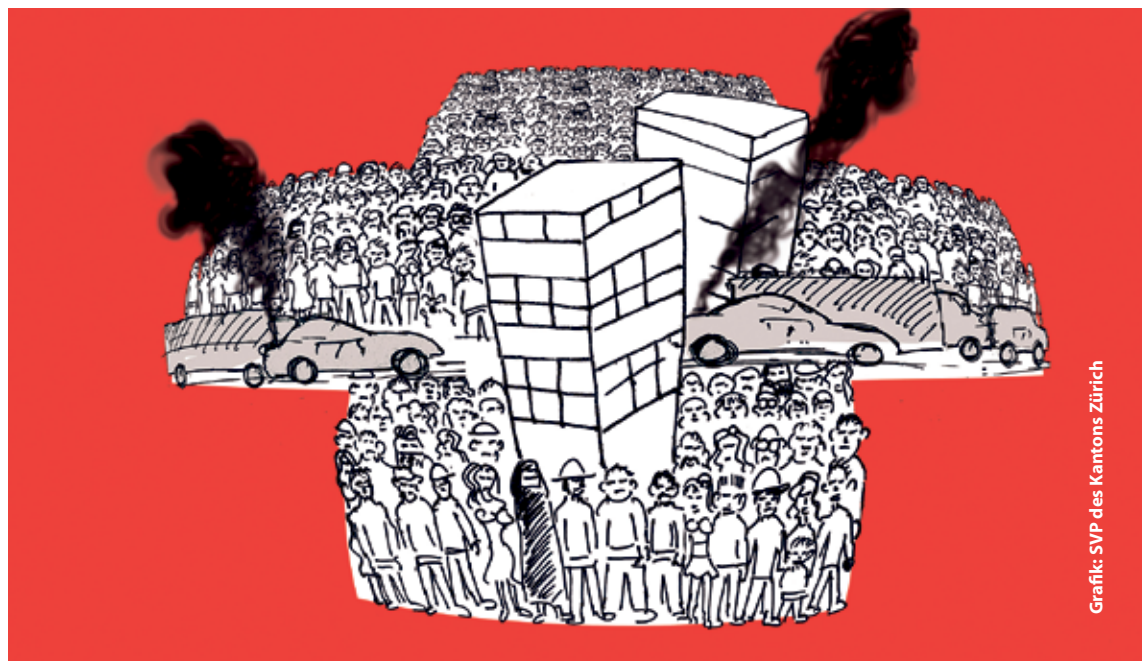
Stamm der SVP Amt Sursee 17

SVP Ruswil: neuer Präsident gewählt 17

Chlaushöck der SVP Ettiswil 17

Gedanken zur Krise der Luzerner Polizei 18

SVP-Asylinitiative läutet die Kehrtwende in der Luzerner Asylpolitik ein!



Graphik: SVP des Kantons Zürich

Die Asylinitiative der SVP des Kantons Luzern gelangt am 18. Mai 2014 zur Abstimmung. Zuvor kommt die Initiative vor den Kantonsrat, der auch über die Gültigkeit entscheiden wird. Schon heute beginnen einige Agitatoren von Mitte-Links, den durchdachten Lösungsweg der SVP schlecht zu machen. Es wird Zeit, die Attacken zu entkräften und die Bevölkerung von einem kräftigen Ja zur Asylinitiative zu überzeugen.

Denn: Trotz vieler Versprechungen versinkt die Schweiz immer tiefer im Asylchaos. Bundesbern verweigert sich nach wie vor, Nägel mit Köpfen zu machen und schiebt die Probleme lieber auf die Kantone ab. Die Zahl der Gesuche ist förmlich explodiert, die Verfahren dauern nach wie vor viel zu lange. Während Tausende von Wirtschaftsflüchtlingen die Schweiz überschwemmen, werden die Probleme (Gewalt, Drogenhandel, Kosten für die Unterbringung) auf die Kantone und Gemeinden über-

wälzt. Ohne mitentscheiden zu können, haben wir Luzernerinnen und Luzerner es wortlos hinzunehmen, wenn Scheinasylanten in unsere Dörfer einquartiert werden. Das desolate Asylwesen verursacht unseren Gemeinden unnötige Kosten in Millionenhöhe. Da braucht es endlich eine Kurskorrektur!

Um auf Stufe Kanton Ordnung in die Asylpolitik zu bringen, hat die SVP Kanton Luzern darum die Volksinitiative «Für eine bürgernahe Asylpolitik» lanciert.

**Kurier-Leser/innen
berücksichtigen**

Kurier-Inserenten

Liebe Leserin, Lieber Leser

Sie erhalten regelmässig den «SVP Kurier» zugestellt. Unsere Arbeit ist vor allem auch deswegen möglich, weil wir auf viele treue und grosszügige Inserenten zählen dürfen. Jedes Inserat unterstützt die SVP Kanton Luzern direkt.

Wir bitten Sie, unsere Inserenten bei Ihrem nächsten Auftrag in Ihre Auswahlkriterien mit einzubeziehen. Dies ist sowohl ein grosses Dankeschön an unsere Inserenten als auch eine Wertschätzung unserer Arbeit.
Die Redaktion

Fortsetzung auf Seite 11

EDITORIAL

Ruiniert die Politik die Wirtschaft unseres Landes?

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der SVP! Die oben genannte Fragestellung mag für einige provokativ wirken, ich weiss. Doch machen wir uns angesichts einiger aktueller politischer Themen selbst ein Bild.



Durch immer neue Forderungen und Initiativen aus mehrheitlich links-grünen Kreisen verliert der liberale Wirtschaftsstandort Schweiz Schritt für Schritt an Attraktivität. Die Ausdehnung des Kündigungsschutzes, ein gesetzlicher Mindestlohn, die (zum Glück) vom Volk abgelehnte 1:12-Initiative und das bedingungslose Grundeinkommen sind hier nur einige der Stichworte. Dabei ist das liberale Arbeitsrecht ein Garant für einen flexiblen Arbeitsmarkt, der nicht weiter überreguliert werden darf.

Durch die Energiestrategie 2050 drohen den Unternehmungen immer höhere Kosten. Der vorzeitig beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie und die gleichzeitige Begünstigung sog. «alternativer Energien» werden zu wesentlich höheren Energiepreisen für Unternehmen und die Private führen. In Ländern wie Deutschland ist dies bereits jetzt deutlich zu sehen und zu spüren. Umso mehr erstaunt es, wenn sogar namhafte Vertreter von Wirtschaftsverbänden, wie der mittlerweile zurückgetretene ehemalige Economiesuisse-Chef Rudolf Wehrli, bekanntgaben, sie könnten sich einen Benzinpreis von CHF 5.– pro Liter gut vorstellen! Der bekannte ETH Professor Toni Günzinger fordert sogar einen Benzinpreis von CHF 12.– pro Liter.

Auch die im Kanton Luzern von der Regierung geplante Einführung der «Ökologisierung der Verkehrssteuer» ist nur ein Bei-

spiel. Denn es wird nur wenige grüne Automobilisten entlasten, aber den Grossteil des Motorfahrzeugverkehrs stärker belasten. Damit ist dies eine weitere indirekte Steuererhöhung, welche die Wirtschaft mehr belasten wird, und damit abzulehnen ist.

Erfolgreiche Steuerpolitik wird hintertrieben

Eigentlich wäre die vor einigen Jahren eingeschlagene Unternehmenssteuerpolitik des Kantons Luzern als Erfolg zu werten. Im Jahre 2008 wurden die Unternehmenssteuern im Kanton Luzern halbiert. Seither wurden im Kanton Luzern über 1'700 neue Firmen angesiedelt oder gegründet. Hunderte von neuen Arbeitsstellen sind entstanden. Die Steuereinnahmen aus den Unternehmenssteuern lagen entgegen den budgetierten minus 50% um 40% darüber, trotz halbierten Steuern. Mit einer Steuererhöhung droht diese Errungenschaft, die dem Kanton Luzern zu neuer Attraktivität verholfen hat, wieder wegzubrechen. Denn in der gleichen Zeit ist die Staatsquote im Kanton Luzern massiv gestiegen. Die Ausgaben und Kosten sind im Kanton Luzern zwischen 2008 und 2011 um über 360 Millionen Franken oder plus 11,75% angestiegen. In derselben Periode wurden Hunderte von neuen Staatsstellen geschaffen, ganz speziell im Bildungsbereich.

Statt mit blutleeren und kurzfristigen Ankündigungen die Bevölkerung zu verärgern, die überdies bloss das Ziel verfolgen, durch «Schock-Effekte» das Verständnis für eine Steuererhöhung zu erhö-

hen, gäbe es im Wasserkopf Bildungsdepartement Luzern zuhauf Gelegenheit, die Kosten wirksam zu senken. Haben Sie gewusst, dass in diesem Jahr beim Kanton Luzern rund dreimal mehr Bildungs- und Kulturangestellte beschäftigt sind als Polizisten? 785 Polizisten stehen 2'027 Angestellten bei Kultur und Bildung gegenüber. Waren 2010 bei der Luzerner Polizei 760 Vollzeitstellen besetzt, waren es in der Volksschulverwaltung 332. Dieses Jahr sind 25 Polizisten (plus 3,3 Prozent) mehr beschäftigt, in der Volksschulverwaltung sind es bereits 506 Personen (plus 52 Prozent).

Leider verunmöglicht es die aktuelle Gesetzgebung, dass das Volk bei einer Anhebung des kantonalen Steuerfusses auf über 1,6 Einheiten etwas zu sagen hat. Genau hier setzt die geplante Volksinitiative der SVP an. Sie will, dass alle Steuererhöhungen automatisch vors Volk kommen. Linke Kreise sprechen oft davon, der Staat würde zu Tode gespart. Ich kenne viele Staaten und Unternehmen, die aufgrund von zu hohen Ausgaben «gestorben» sind. Aber ich kenne keinen Staat und keine Unternehmung, die aufgrund von zu hohen Ersparnissen «umgekommen» sind.

Sie sehen, liebe Leserinnen und Leser, uns weht ein rauher Wind entgegen. Meine Antwort auf die eingangs gestellte Frage lautet deshalb ganz klar: «Ja».

Politiker mit wenig Rückgrat, steigende Staatsausgaben, höhere Steuern, Gebühren, Energiepreise und Abgaben, immer mehr

Gesetze und Regulierungen, sowie eine zunehmende Eindämmung des liberalen Arbeitsmarktes drohen den erfolgreichen Schweizer Wirtschaftsstandort zu schwächen. Für Ihre Treue zur SVP und Ihren Rückhalt für unsere Politik im zu Ende gehenden Jahr 2013 möchte ich Ihnen an dieser Stelle von Herzen danken. 2013 war ein intensives, kräftezehrendes Politjahr, in dem unsere Kantonalpartei an vielen Fronten gefordert war.

Aus meiner Sicht können wir auf etliche Erfolge zurückblicken. Wir konnten unsere Basis, unter anderem durch die Gründung von 4 weiteren Ortsparteien, weiter festigen. Auch im kommenden Jahr 2014 werden uns grosse Aufgaben anstehen. Zentrale Abstimmungen wie die Masseneinwanderungsinitiative erfordern unseren vollen Einsatz. Zudem nähern sich die nächsten kantonalen Wahlen 2015 bereits in grossen Schritten. Ich bin überzeugt, dass wir diese Herausforderungen gemeinsam meistern werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine frohe Adventszeit, gesegnete Weihnachten im Kreise Ihrer Liebsten und einen guten Start ins neue Jahr! Auf dass Ihre Wünsche und Ziele in Erfüllung gehen werden.

Franz Grüter, Eich
Präsident SVP Kanton Luzern



Impressum SVP Kurier, Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern

Erscheinungsweise: ¼-jährlich
Grafik/Layout: emi medien GmbH,
6014 Luzern-Littau
Druck: SCHWEGLER Büro AG,
Paradiesli 11, 6017 Ruswil
Auflage: 2 700 Exemplare

Anzeigenverwaltung, Kontaktadresse, Redaktion:

Anian Liebrand (al),
Postfach, 6215 Beromünster
Tel. 079 810 11 91, kurier@svp-lu.ch

Für den Inhalt der Beiträge zeichnet sich
ausschliesslich der Autor verantwortlich;
es ist der Redaktion vorbehalten, Beiträge
zu kürzen oder von der Veröffentlichung
auszuschliessen.

**Adressänderungen sind
an Ihre Ortspartei zu melden
oder an das kantonale
SVP-Sekretariat
(sekretariat@svp-lu.ch,
Tel. 041 250 67 67).**

**Die Redaktion kann keine
Adressmutationen vornehmen!**

SVP Luzern TV

das Internetfernsehen der SVP Kanton Luzern

Seit Mai 2013 1 x pro Monat!

Ungefiltert und direkt!

Die Themen der aktuellen TV-Sendung – Ausgabe November:

Reportage von den Gremiensitzungen & der
Delegiertenversammlung der SVP Schweiz im
Luzerner Hinterland

Frühere Sendungen:

- SVP Luzern TV – Ausgabe Oktober 2013
(Volksinitiative «Steuererhöhungen vors Volk», 1:12-Initiative & das Amt Entlebuch)
- SVP Luzern TV – Ausgabe September 2013
(Gründung neuer Ortsparteien, Nachteile von E-Voting & die geplante Steuererhöhung)



In regelmässigen Abständen greift die SVP Kanton Luzern im SVP Luzern TV brisante und aktuelle nationale und kantonale Themen auf – so, wie Sie Ihnen die Massenmedien verschweigen!
Die nächste Sendung ist ab 20. Dezember 2013 online auf www.svplu.ch.



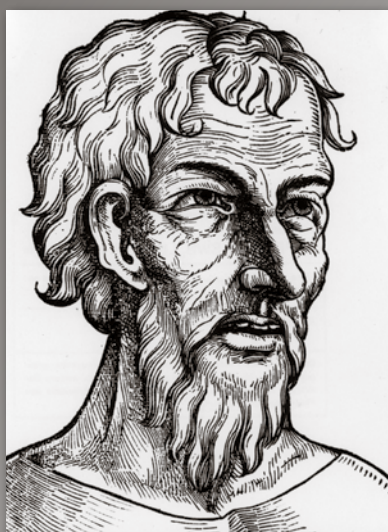
[youtube.com / svpkantonluzern](http://youtube.com/svpkantonluzern)



Würdigung grosser Zentralschweizer Persönlichkeiten und ihre Bedeutung für die heutige Schweiz

Berchtoldstag, 2. Januar 2014, 10.30 Uhr
Messe Allmend Luzern

Ansprache von **Christoph Blocher**



**Niklaus
von Flüe**

Mahner und Mystiker

«Machend den zun nit
zu wit!»



Robert Zünd

Kunstmaler

«Das Schöne, das die
Natur geschaffen hat,
herauszufühlen»



**Philipp Anton
von Segesser**

Staatsmann

«Ich bin Demokrat,
Föderalist, Katholik»

Originale von Robert Zünd werden am Anlass ausgestellt.
Eintritt und bescheidenes Mittagsmahl kostenlos.

Parkplätze vor Ort vorhanden. Bahnhof Allmend/Messe Luzern und Bushalte-
stelle auf dem Areal.

Es laden ein: SVP Kanton und Stadt Luzern
www.blocher.ch

KANTON LUZERN

Ganze Luzerner SVP im Einsatz für Familieninitiative

Die SVP des Kantons Luzern kann mehrheitlich auf einen erfolgreichen Abstimmungssonntag vom 24. November 2013 zurückblicken. Im Kanton Luzern wurden sowohl die 1:12-Initiative wie auch die 100-Franken-Vignette überdeutlich verworfen. Leider wurde auch die SVP-Familieninitiative, wofür sich die Luzerner Kantonalpartei sowie auch viele Ortsparteien und die Wahlkreisparteien stark ins Zeug gelegt haben, mit knapp 55% Nein-Stimmen abgelehnt.

Doch immerhin war der Ja-Anteil im Kanton Luzern mit 45,06% im nationalen Vergleich überdurchschnittlich hoch – der Kanton Luzern liegt bei der Anzahl Ja-Stimmen von 26 Kantonen auf Platz 9. Zudem hat die Mehrheit der Luzerner Gemeinden (48 von 83 Gemeinden) der Familieninitiative zugestimmt.

Die SVP des Kantons Luzern dankt allen Mandatsträgern und Verantwortlichen in den Ortsparteien herzlich für den vorbildlichen Einsatz zugunsten der Abstimmungskampagne für die Familieninitiative. Insbesondere für die guten Leserbriefe, die Organisation von Podien und Standaktionen sowie die flächendeckende Plakatierung!

(al)

Die SVP auf Facebook:
facebook.com/svpkantonluzern



Impressionen vom Abstimmungskampf für die Familieninitiative



Die SVP Amt Hochdorf im Einsatz vor dem Coop in Hochdorf.



Gut besuchte Podiumsdiskussion der SVP-Wahlkreisparteien Sursee, Willisau und Entlebuch sowie der SVP-Frauenkommission in Wolhusen.

E I N L A D U N G

Pro



Adrian Amstutz
Nationalrat SVP

Pro



Felix Müri
Nationalrat SVP

Contra



Peter Schilliger
Nationalrat FDP

Contra



Giorgio Pardini
Kantonsrat SP

Öffentliche Veranstaltung

zur eidg. Volksabstimmung vom 9. Februar 2014

«Führt uns die Masseneinwanderung in die Sackgasse?»

Dienstag, 14. Januar 2014

**Zentrum Gersag, Rüeggisingerstrasse 20a,
6020 Emmenbrücke**

20.00 bis 21.30 Uhr (Türöffnung: 19.30 Uhr)

Moderation:

Kari Kälin, Journalist (Neue Luzerner Zeitung).

Der Anlass ist öffentlich. Der Eintritt ist frei.

Wir arbeiten mit Ihnen zusammen

We work magic on your IT

Flexible, massgeschneiderte und zuverlässige IT-Lösungen sind ein wichtiges Element Ihrer Wertschöpfungskette. Aus unserer breiten Palette von IT-Services wählen Sie diejenigen aus, die Ihre Geschäftsprozesse optimal unterstützen. So können wir gemeinsam mit Ihnen sicherstellen, dass Ihr Unternehmen fit für die Zukunft ist.



Outsourcing

Möchten Sie, dass Ihr externer IT-Spezialist so konsequent in Ihrem Sinne handelt, als ob er ein interner Mitarbeiter wäre? Dann sind Systemfive-Lösungen das Richtige für Sie. Wir übernehmen die gesamte Verantwortung für Ihre IT und garantieren Ihnen, dass Sie sich um nichts mehr kümmern müssen.



Audit

Wenn Sie uns zu einem IT-Audit einladen, wissen Sie innert kurzer Zeit Bescheid über alle Vor- und Nachteile Ihrer aktuellen IT-Situation. Wir erstellen massgeschneiderte Handlungsempfehlungen und setzen alle Optimierungen für Sie um, falls Sie dies wünschen.



Consulting

Die Basis für gute Unternehmensentscheidungen sind relevante, aktuelle und korrekte Informationen. Wir stellen sicher, dass Sie alle IT-Entscheidungen auf den richtigen Grundlagen fällen können.



Monitoring

IT-Qualitätssicherung definieren wir folgendermassen: Wir bemerken die geringsten Schwankungen oder Ausfälle, noch bevor sie Ihnen auffallen. Wir werden aktiv, bevor Sie ein Problem wahrnehmen, und wir informieren Sie über die erfolgreiche Behebung der Störung. Unser eigens dafür entwickeltes IT-Monitoring Hifive ist der Schlüssel zur Laufsicherheit aller Systeme.

Systemfive AG
Platz 4
CH-6039 Root D4
Switzerland
Phone +41 41 541 91 91
Web systemfive.com

 **systemfive**
We work magic on your IT

Gremiensitzungen und Delegiertenversammlung in Altishofen und Reiden

Am Freitag, 22. November 2013, fanden bei der Firma Galliker Transport & Logistic in Altishofen die Gremiensitzungen der SVP Schweiz statt. Nach der spannenden Sitzung des Zentralvorstands, wo unter anderem die kommenden Abstimmungsvorlagen «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» und die FABI-Verkehrs-Vorlage behandelt wurde, kam das aus der ganzen Schweiz angereiste Parteikader in den Genuss eines reichhaltigen, gesponserten Apéros. Im Anschluss stellte CEO Peter Galliker den über 50 Anwesenden die Anfänge und den Werdegang der Galliker AG vor. Nach einer beeindruckenden Führung durch das Transportunternehmen fand der Abend nach einem feinen Nachtessen in den Räumlichkeiten der Galliker AG seinen gemütlichen Ausklang.

Am Tag darauf, am Samstag, 23. November, ging in der Johanniterhalle Reiden die eidgenössische Delegiertenversammlung der SVP Schweiz über die Bühne. SVP-Präsident Toni Brunner durfte in seiner Begrüssung über 450 Delegierte und Gäste aus der ganzen Schweiz begrüßen. Für einen reibungslosen Ablauf und ihr leibliches Wohl ist die organisierende SVP-Amtspartei Willisau besorgt gewesen, für die über 70 Helfer im Einsatz waren. Für Stimmung sorgte die Blasmusik aus Reiden, und in der Pause gar ein Alphornbläser. Die Lose für Gewinne an der Fest-Tombola erfreuten sich grosser Beliebtheit. So zeigten sich denn auch SVP-Kantonalpräsident Franz Grüter und OK-Präsident Robi Arnold mit dem Verlauf



der Delegiertenversammlung ausserordentlich zufrieden.

Die Parteileitung der SVP des Kantons Luzern dankt dem OK um Robi Arnold und Bruno Leuenberger sowie den vielen Helferinnen und Helfern für die perfekte Organisation der Gremiensitzungen und der Delegiertenversammlung. Sie haben alles unternommen, um unsere Kantonalpartei als guten Gastgeber im besten Lichte erscheinen zu lassen!



Zur vollständigen Fotogalerie: www.svplu.ch

Peter With zum Wahlkampfleiter 2015 gewählt

Die Parteileitung hat Peter With aus Luzern-Reussbühl, Grossstadtrat und Präsident der SVP Stadt Luzern, zum Wahlkampfleiter für die Kantons- und Nationalratswahlen 2015 gewählt. Als langjähriger, verdienter Kämpfer in zahlreichen politischen Gremien auf Stufe Gemeinde und Kanton verfügt er über das erforderliche politische Geschick und die nötige Erfahrung für dieses wichtige Amt. Die Parteileitung ist davon überzeugt, dass Peter With der richtige Mann ist und dankt ihm für die Bereitschaft, dieses zeitaufwändige und fordernde Mandat zum Wohle unserer Partei auszuführen.

Als Sekretär der Wahlkampfkommission für die vergangenen Wahlen 2011 weiss er bestens, worauf es bei einem erfolgreichen Wahlkampf ankommt,

wie man diesen optimal organisiert und in welchen Bereichen es noch Verbesserungspotenzial gibt. An der Ortsparteipräsidenten-Konferenz vom 17. Oktober 2013 infor-

mierte Peter With, dass die Kerngruppe und die Wahlkommission bis Ende 2013 zusammengestellt werden soll. In der Wahlkommission werden alle Wahlkreisparteien angemessen vertreten sein, um die Vorbereitungen möglichst breit abstützen zu können.

Die Wahlkommission nimmt ihre Arbeit im Frühjahr 2014 auf und wird fortfolgend regelmässig und transparent über ihre Tätigkeiten berichten. Bis im Herbst 2014 soll dann die neue Wahlplattform überarbeitet sein. An der Kadertagung der SVP des Kantons Luzern vom



15. Februar 2014 (Einladung an Ortsparteien und Mandatsträger folgt) wird Peter With einen Ausblick über die vielfältigen Aktivitäten geben. (al)

SCHWEIZ

Mass halten – JA zur Volksinitiative

«Gegen Masseneinwanderung»!

Die Schweiz hat schon immer grosszügig, aber kontrolliert ausländische Arbeitskräfte aufgenommen und ihnen eine berufliche Perspektive geboten. Seit dem Jahr 2007 sind jedoch jährlich rund 80'000 Personen mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert. Dies entspricht Jahr für Jahr einer Zunahme der Bevölkerung in der Grössenordnung der Stadt Luzern, in zwei Jahren gar der Einwohnerzahl der Stadt Genf. Jährlich erfordert dies eine Siedlungsfläche in der Grösse von 4'560 Fussballfeldern. Seit dem letzten Jahr hat die Schweiz erstmals über 8 Millionen Einwohner – in rund 20 Jahren ist ohne Masshalten bei der Einwanderung die 10 Millionen-Grenze erreicht.

Die Folgen dieser verhängnisvollen Entwicklung sind täglich spür- und erlebbar: zunehmende Arbeitslosigkeit (Erwerbslosenquote von 8,5% unter den Ausländern), überfüllte Züge, verstopfte Strassen, steigende

Mieten und Bodenpreise, Verlust von wertvollem Kulturland durch Verbauung der Landschaft, Lohn- und Ausländerkriminalität, Asylmissbrauch, Kulturwandel in den Führungsetagen und belastend hohe Ausländeranteile in der Fürsorge und in anderen Sozialwerken.

Die heutige Masslosigkeit bei der Zuwanderung gefährdet unsere Freiheit, Sicherheit, Vollbeschäftigung, unser Landschaftsbild und letztlich unseren Wohlstand in der Schweiz. Die Initiative will dabei weder einen generellen Stopp der Zuwanderung, noch verlangt sie die Kündigung der bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union (EU). Sie gibt dem Bundesrat aber den Auftrag, mit der EU Nachverhandlungen über die Personenfreizügigkeit und damit über die eigenständige Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung zu führen: Eine vernünftige und massvolle Initiative.

Setzen Sie sich ein für die Erhaltung des bewährten, eigenständigen Weges der Schweiz

**und sagen Sie am
9. Februar 2014**

**JA zur Volksinitiative
«Gegen Masseneinwanderung».**



flyer-ueberall.ch
Sponsoring Flyer-Versand
Online in ausgewählte Regionen

Jetzt Flyerversand in alle Haushaltungen
Ihrer Gemeinde sponsern!

www.flyer-ueberall.ch

Auch EU-Staaten fordern Einschränkungen der Personenfreizügigkeit!

In den vergangenen Wochen hat man immer wieder Berichte aus einzelnen EU-Ländern vernommen, welche über Probleme mit dem freien Personenverkehr klagen. Die meisten Schlagzeilen machte der britische Premierminister David Cameron mit seiner Forderung nach Einschränkungen der Personenfreizügigkeit. Diese soll an Bedingungen geknüpft werden, beispielsweise an die Wirtschaftskraft eines EU-Beitrittslands pro Kopf.

EU-Länder fordern Einschränkungen der Personenfreizügigkeit, obwohl Zuwanderung viel geringer als in der Schweiz

Wanderungssaldo Deutschland

	Einwanderung	Auswanderung	Saldo	Bevölkerungszahl	Saldo in % der Bev.
2010	798'000	671'000	127'000	81'780'000	0.16%
2011	858'000	679'000	279'000	81'800'000	0.34%
2012	1'081'000	712'000	369'000	81'890'000	0.45%

Bevölkerungszunahme 2010-2012: 110'000 0.13%

Quelle: Statista

Wanderungssaldo Grossbritannien

	Einwanderung	Auswanderung	Saldo	Bevölkerungszahl	Saldo in % der Bev.
2010	591'000	339'000	252'000	62'270'000	0.40%
2011	566'000	351'000	215'000	62'750'000	0.34%
2012	497'000	321'000	176'000	63'230'000	0.28%

Bevölkerungszunahme 2010-2012: 960'000 1.54%

Quelle: Office for National Statistics

Wanderungssaldo Schweiz

	Einwanderung	Auswanderung	Saldo	Bevölkerungszahl	Saldo in % der Bev.
2010	143'999	79'196	64'803	7'825'000	0.83%
2011	151'132	76'994	74'138	7'917'000	0.94%
2012	153'935	80'648	73'287	7'997'000	0.92%

Bevölkerungszunahme 2010-2012: 172'000 2.20%

Quelle: BFM

Zudem sollten die einzelnen Länder die Freiheit erhalten, die Zuwanderung zu begrenzen. Doch auch in Deutschland, Österreich, Frankreich oder den Niederlanden erheben immer mehr Politiker die Stimme gegen den freien Personenverkehr. Ein Blick in die Migrationsstatistiken zeigt jedoch, dass sich die Schweiz mit einer viel stärkeren Masseneinwanderung konfrontiert sieht als z.B. Grossbritannien oder Deutschland.

Es wäre die Aufgabe des Bundesrates, die EU-Staaten über die massive Zuwanderung und deren problematische Auswirkungen in Kenntnis zu setzen und im Gemischten Ausschuss Lösungen für die bestehenden

oder absehbaren wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu suchen. Auf Anfrage von Nationalrat Hans Fehr anfangs Winter-session 2013 hat der Bundesrat jedoch verlauten lassen, dass er dies nicht für nötig erachtet.

Dabei zeigen die vielen freizügigkeits-kritischen Stimmen aus verschiedenen EU-Staaten, dass die Schweiz auf grosses Verständnis zählen dürfte. Es gilt, die Zeichen der Zeit aufzunehmen und Verbündete zu suchen. Die Forderung der Masseneinwanderungsinitiative nach Nachverhandlungen zur Personenfreizügigkeit würde auf fruchtbaren Boden fallen.



Zisternen- und Holztransporte
Mättelguetstrasse 11b
CH-6105 Schachen/LU



Telefon 041 497 43 22 • Fax 041 497 43 28 • Mobile 079 642 98 80
E-Mail otto.husmann@bluewin.ch

scooter

XP 500 TMax ABS

YQ 50 AcroX R

YP 125 R X-Max

gloggnern-motos.ch

Meierhofweg 2 6032 Emmen 041 260 33 43

YAMAHA
Touching Your Heart

SIMPLY CLEVER

ŠKODA



PLATZ DA!



www.skoda.ch

New ŠKODA Rapid Spaceback ab CHF 17'230.-*

Platz da für den neuen ŠKODA Rapid Spaceback, die aufregendste Verbindung von Design, Cleverness und Raumangebot. Entdecken Sie jetzt, wie er Ihrem Leben rundum mehr Drive verleiht. Mit allen Vorzügen, die Sie von der Marke mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis erwarten dürfen. Also Platz da für eine inspirierende Probefahrt bei uns! **ŠKODA. Made for Switzerland.**

* ŠKODA Rapid Spaceback Active 1.2 I TSI, 77 kW/105 PS, 6-Gang, empfohlener Preis CHF 19'130.-, Clever-Bonus CHF 1'900.-, Endpreis CHF 17'230.-. Abgebildetes Fahrzeug: ŠKODA Rapid Spaceback Ambition 1.2 I TSI, 77 kW/105 PS, 6-Gang, mit Optionen Leichtmetallfelgen CAMELOT, Style Paket (Glaspanorama-Dach, abgedunkelt, schwarze Aussenrückspiegel, abgedunkelte Nebelscheinwerfer, Heckspoiler, schwarz, verlängerte Heckscheibe, abgedunkelte Heckleuchten). Empfohlener Preis CHF 23'920.-, Clever-Bonus CHF 1'900.-, Endpreis CHF 22'020.-. Treibstoffverbrauch gesamt: 5.1 l/100 km, CO₂-Ausstoss: 118 g/km, Energieeffizienz-Kategorie: C. Durchschnitt aller verkauften Neuwagen: 153 g/km. Clever-Bonus gültig für Kaufverträge bis auf Widerruf.

TRIBSCHEN-GARAGE

Wigger + Schilliger AG
Tribtschenstrasse 67
6005 Luzern

Tel. 041 360 35 72

www.skoda-luzern.ch
info@skoda-luzern.ch

ŠKODA



Wird die Schweiz zum Bevormundungs-Staat?

Wundern Sie sich auch über die überbordende Gesetzes- und Regulierungswut in unserem Lande? Der heutige Paragraphenteppich kommt einer zunehmenden Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger gleich. Die Forderungen nach von oben verordneten Reglementierungen und Verboten werden immer lauter und häufiger. Befeuert durch eine oft einseitige, mediale Berichterstattung. Raucher werden isoliert, Autofahrer und Hundehalter kriminalisiert, die Lust auf kalorienreiches Essen soll uns ab-

gewöhnnt werden. Ein Helm-Obli-gatorium für Golfspieler, Velo- und Cabriofahrer wohl nur noch eine Frage der Zeit...

Ein Wunder, dass es noch keinen Führerschein braucht, um mit dem Gummiboot die Reuss abwärts gondeln zu können. Woher kommt diese Entwicklung? Die öffentliche Meinungsbildung bewegt sich mehr denn je in dieselbe Richtung: Einige „Unvernünftige“ wissen nicht mit den Freiheiten umzugehen (Stichworte: Raser oder Kampfhundealter), worauf eine

empörte oder verängstigte Minderheit nach neuen Reglementierungen für alle ruft. Freudig und dankbar unterstützt durch unsere diversen Boulevardmedien.

Dann kommt die Politik ins Spiel: Es werden neue Verbote und Gesetze erlassen, welche im Alltag die Freiheit einer Mehrheit in unnötiger Weise einschränken! Die eigentliche, kleine Zielgruppe aber bleibt unerreicht, da für diese weder Gesetze noch Rücksichtnahme ein Thema sind. Was es braucht in der Schweiz, ist mehr Eigenverantwor-

tung – und weniger Bevormundung. Neue Verbote und Vorschriften nur im Ausnahmefall, nur wo es absolut notwendig und sinnvoll ist! Dafür steht die SVP ein.



Daniel Keller,
Kantonsrat SVP,
Udligenswil

KANTON LUZERN

Fortsetzung von Seite 1

Die Initiative bezweckt im Wesentlichen folgende Hauptforderungen:

- Keine Unterbringung von Asylsuchenden am Volk und den Gemeinden vorbei!
- Es braucht endlich Massnahmen gegen Kriminelle. Die Sicherheit der Bevölkerung geht vor!
- Zahlen ohne Ende? Unsere Gemeinden sind von den erdrückenden Asyl-Folgekosten zu entlasten!

Der Regierungsrat lehnt die Luzerner SVP-Volksinitiative «Für eine bürgernahe Asylpolitik» in der Botschaft 88 ab und will sie sogar für teilweise ungültig erklären lassen. Die mit unzähligen juristischen Spitzfindigkeiten gespickte Botschaft zeigt auf, dass eine Mehrheit der Regierung offenbar nicht bereit ist, das Asylwesen bürger-näher auszugestalten, wie von der SVP gefordert. Ihre mangelnde Lösungsbereitschaft versteckt sie hinter kleinkrämerischem Defätismus, Missstände werden entweder ignoriert oder verharmlost. Die SVP des Kantons Luzern bedauert den fehlenden politischen Willen des Regierungsrats, die Situation mit verwaltungsinternen Konsequenzen nachhaltig zu verbessern und hält an ihrer Initiative selbstverständlich fest.

Während der Regierungsrat entgegen der SVP der Ansicht ist, Ziffer 1 und 2 der Asylinitiative nicht auf

Der Initiativtext «Für eine bürgernahe Asylpolitik»:

Der Kanton Luzern organisiert das Asylwesen nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Unterbringung von vom Bund zugewiesenen Asylbewerbern ist Aufgabe des Kantons.
2. Das Asylwesen untersteht in sämtlichen Belangen dem Sozialdepartement.
3. Der Kanton wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der Anliegen der betroffenen Gemeinde provisorische Asyl-Zentren ausserhalb der Bauzonen und geschlossene Lager für deliktische und renitente Asylbewerber zu errichten. Die Gemeinden legen die Dauer der Einrichtung vertraglich mit dem Kanton oder dem Bund fest. Dies gilt auch für die Einmietung in bestehende Anlagen.
4. Die temporäre oder dauerhafte Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern

in den Gemeinden (ausserhalb von provisorischen Asyl-Zentren) unterliegt den folgenden Bedingungen:

- a. Die Sicherheit der Bevölkerung ist jederzeit gewährleistet.
- b. Aufenthalte von mehr als einem Jahr sind nur für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene möglich.
- c. Die Gemeinde kann deliktische und renitente Asylbewerberinnen und Asylbewerber und solche mit abgelehnten Gesuchen an den Kanton zurückweisen.
- d. Die Gemeinden legen die demokratischen Mitbestimmungsrechte des Volkes fest.
5. Sämtliche direkten und indirekten Kosten und Folgekosten, welche durch Asylbewerberinnen und Asylbewerber entstehen, werden vom Kanton (resp. Bund) getragen.

Verfassungsstufe regeln zu wollen, soll Ziffer 3 angeblich gegen Bundesrecht verstossen. Die Regierung stützt sich dabei hauptsächlich auf einen Entscheid des Zürcher Bau-rekursgerichts, das zum Schluss gekommen sei, «dass es keine besonders wichtigen und objektiven Gründe» gebe, weshalb eine Containersiedlung für Asylsuchende auf einen Standort ausserhalb der Bauzone angewiesen sei. Zudem

habe eine Abklärung der Luzerner Dienststelle Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (RAWI) beim Bund einen ähnlichen Bescheid ergeben. Daraus soll ein Verstoß gegen Art. 49 Abs. 1 der Bundesverfassung abgeleitet werden, der besagt: «Bundesrecht geht entgegenstehendem kantonalem Recht vor.» Dabei ist die Interpretation, es gäbe keinen kantonalen Weg für



temporäre Asylzentren ausserhalb der Bauzonen, zu kurz ge-griffen. Schliesslich ist auch der Bund – trotz oder wegen des neuen Raumplanungs- und Asyl-gesetzes – ausdrücklich dazu befähigt, gerade dies zu tun! Die Grundlage dazu bildet nämlich die vom Schweizer Souverän im Juni 2013 angenommene Asylgesetz-revision. Eine mit dem Bund rechtlich verträgliche Lösung zu finden, um Asylzentren auf temporärer Basis errichten zu können, ist somit auch hier eine Frage des politischen Willens. Schliesslich ist es das diesbezügliche Kernanliegen der SVP, dem Regierungsrat die nötigen Instrumente in die Hand zu geben, um in Notlagen rasch handeln zu können und die Abläufe zu straffen.

In den Ausführungen zu Ziffer 4a der Asylinitiative wird die Frage, ob die Sicherheit der Bevölkerung in Gemeinden mit Asylzentren ausreichend gewährleistet wird, gera-

dezu nonchalant heruntergespielt. Der Regierungsrat scheint das weit verbreitete Unbehagen in der Bevölkerung einfach zu ignorieren. Wenn alles so «gut funktioniert», wie die Regierung wortreich erläutert – wieso kommt es dann immer wieder zu Polizeieinsätzen und Einbrüchen? Weshalb haben vor allem junge Frauen und Mütter Angst vor Übergriffen von Asylanten? Es gibt keinen einzigen Grund, die Frage der Sicherheit abzuschwächen oder zu verharmlosen.

Ziffer 4b der Initiative bezweckt, dass nur anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene länger als ein Jahr auf die Gemeinden verteilt werden sollen. Asylsuchende mit einem anderen Status sollen nämlich vorzugsweise in provisorischen Asylzentren untergebracht werden. Dass der Kanton

die Gesetzgebung in Sachen Beschleunigung der Verfahren nicht direkt beeinflussen kann, ist logisch und nichts Neues. Ziffer 4d fordert mehr Mitsprachemöglichkeiten der Gemeinden und deren Bevölkerung bei der Errichtung von Asylzentren und den dazugehörigen Auflagen. Es braucht dringend mehr Mitbestimmungsrechte in diesem Prozess, was auch entscheidend dazu beiträgt, neue Asylzentren in den Gemeinden besser abzustützen. Der Verteilschlüssel im «Asylnotfall» wird durch die Initiative nicht angetastet.

Die finanziellen Folgen für die Gemeinden mit der bisherigen Regelung werden in der Botschaft erwähnt und begründet. Die Asylinitiative will nun, formuliert in Ziffer 5, eine Entlastung der Gemeinden von sämtlichen Ausgaben für

Asylsuchende oder Flüchtlinge, die ihnen heute nach mehr als zehn Jahren noch anfallen, teils in Millionenhöhe. Darunter Schulgeld, Sozialhilfe etc. Die Gemeinden haben zum Teil Hunderttausende von Franken für einzelne Familien zu stemmen, die seit vielen Jahren hier leben und keine Anstalten ma-

chen, sich durch wirkliche Integration für eine Arbeitsfähigkeit fit zu trimmen. Diese gravierenden Missstände sind endlich zu beheben. Unsere Gemeinden dürfen nicht zu den Leidtragenden einer verfehlten Asylpolitik degradiert werden.

SVP Kanton Luzern

Die beantragte Ungültigkeitserklärung wichtiger Initiativteile führt einem den fehlenden Umsetzungswillen und zum Teil auch eine gewisse Arroganz der Regierung vor Augen, die beunruhigt. Die SVP des Kantons Luzern wird nicht untätig bleiben und auch ihrerseits weitere Abklärungen treffen. Wir sind dies der Bevölkerung, und nicht zuletzt den über 5'000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern der Asylinitiative, schuldig, die endlich eine klare Ordnung in der kantonalen Asylpolitik haben wollen.

Weitere Infos: www.asyldiktat-stoppen.ch

SVP Berghof-Gemeinden

Die SVP-Ortsparteien der Gemeinden Hildisrieden, Rain und Römerswil gehen einen neuen Weg; Sie wollen auf lockerer Basis zusammenarbeiten und gemeinsam Ideen verwirklichen. Man ist sich kaum mehr bewusst, dass die Gemeinden Hildisrieden, Rain und Römerswil 1838 aus der politischen Organisation «Berghof»

entstanden und selbständig wurden. Diese politische Tatsache war der Impuls, dass die Leitungen der drei SVP Ortsparteien beschlossen haben, einen Gedanken- und Erfahrungsaustausch zu pflegen.

Mit vereinten Kräften soll erreicht werden, eine breitere Basis für die Ideen der SVP zu begeistern und

zu gewinnen. Die drei Ortsparteien SVP Berghof-Gemeinden wollen im Rahmen ihrer lockeren Zusammenarbeit fundierte Vorträge organisieren, Informationen aus erster Hand zu politischen Fragen verbreiten und gelegentlich gemeinsame Treffen gemütlicher Art anbieten.

Die Parteipräsidenten der drei SVP-Ortsparteien Ulrich Britt, Beat Burri und Josef Stöckli und ihre Führungsequipen freuen sich auf diesen neuen Aspekt ihrer politischen Tätigkeit!

Ulrich Britt, Präsident SVP-Ortspartei Hildisrieden

FRAUENKOMMISSION

Gelungener Thementag auf dem Krienser Hausberg

Auf Einladung der SVP-Frauenkommission fand am 31. August im Hotel/Restaurant Sonnenberg ob Kriens mit dem Schwerpunktthema «Hilfe zur Selbsthilfe» der 5. Thementag statt. Präsidentin Angela Lüthold begrüßte die anwesenden Gäste und die Referentinnen Nationalrätin Yvette Estermann sowie Kantons- und Gemeinderätin Vroni Thalmann.

Nationalrätin Yvette Estermann macht sich unter anderem Gedanken, dass in unserer Wohlstandsgesellschaft keine Bettelaktionen mehr nötig sind, da überall entsprechende Stellen vorhanden

sind. Es habe sich eine «Armutsindustrie» entwickelt, bestehend aus Kreisen von Fachpersonal im Sozial- und Asylwesen. Es sei aber besorgniserregend, dass Probleme einfach mit Geld abgegolten wer-



Rege Diskussionen beim Apéro.



den. Sich über eine Arbeit definieren heisse nicht nur Zahltag sondern auch persönliche Befriedigung. Im zweiten Teil erzählt Yvette Estermann über ihre Tätigkeit im Bundeshaus, sowie von den anstehenden Themen.

Vroni Thalman erklärt anhand von Beispielen, wie in der Gemeinde Flühli im Entlebuch das praktische Vorgehen in der Sozialhilfe funktioniert. Erstes Ziel sei immer die Resozialisierung. Mit Gesprächen und Vereinbarungen werden Schritte zur Selbsthilfe und Selbstständigkeit eingeleitet. Die Betroffenen werden in die Pflicht genommen,

ihre Eigenverantwortung wahrzunehmen. Wenn die Motivation oder der Wille fehlen, habe man die Möglichkeit von Kürzungen oder gar die Einstellung der Sozialhilfe. Die SKOS-Richtlinien dienen unter anderem dazu, Kürzungen korrekt durchzuführen. Einen Abholmechanismus gibt es in der Gemeinde Flühli nicht.

Das Hotel/Restaurant Sonnenberg wurde durch die Frauenkommission bewusst ausgewählt, da dort «Hilfe zur Selbsthilfe» praktiziert wird. Während eines Rundgangs erzählt Hoteldirektor Ron Prêtre die

bewegte Geschichte des ehemaligen Grand Hotel und Kurhauses. Seit dem 1. Mai 2007 wird das Hotel-Restaurant Sonnenberg durch den Verein The Büz geführt. Der Verein The Büz bietet Menschen ein Sprungbrett, um wieder im Arbeitsmarkt Fuss zu fassen. Der Verein möchte die vorhandenen, teils versteckten Fähigkeiten der Menschen im Alter zwischen 16 und 50 Jahren substantiell weiterentwickeln. Dies bedeutet einen grossen Aufwand für das Hotel mit 15 Festangestellten und rund 50 Mitarbeitenden.

Die Personalfuktuation ist sehr gross, das heisst pro Monat rund 10 Aus- und Eintritte. Rund 30% können in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Die Gemeinden können so entlastet werden.

Beim anschliessenden Apéro unter freiem Himmel, bei herrlichem Wetter und sensationeller Aussicht wurde angeregt diskutiert und Fragen beantwortet.

Vreny Brun, Ballwil



Gabriela Käch, Gemeinderätin Ballwil und Nationalrätin Yvette Estermann im Gespräch.

Besuchen Sie uns im Internet: www.frauenkommission-svplu.ch

Tanja Bieri neue Präsidentin der Frauenkommission

Die Mitglieder der Frauenkommission haben am 23. Oktober 2013 Tanja Bieri einstimmig zur neuen Präsidentin gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Kantonsrätin Angela Lüthold an, die weiterhin als Präsidentin der SVP-Wahlkreispartei Sursee amten wird.

Die 39-jährige Tanja Bieri aus Entlebuch ist Mitglied des Zentralvorstandes der SVP Schweiz und Rechnungsprüfungsmitglied der Einwohner- und der Korporationsgemeinde Entlebuch. Mit der Wahl von Tanja Bieri folgte die Frauenkommission dem An-

trag der zurücktretenden Präsidentin Angela Lüthold, die ihr Amt während vieler Jahre souverän, sachkundig und pflichtbewusst ausübte.

Für Tanja Bieri ist ihre Wahl eine «grosse Ehre». Sie habe grossen Re-

spekt vor der Aufgabe. Ihr Hauptziel im Jahr 2014 sei die Frauenförderung, bei der besonders für die bevorstehenden Wahlen auf Gemeinde- und Kantonsebene noch Nachholbedarf besteht. Entgegen anderer politischer Frauengruppierungen sieht die neue Präsidentin keine Veranlassung, ein gut funktionierendes System zu ändern. «Wir sind ein wichtiger Teil der Mutterpartei des Kantons Luzern und der SVP Frauen Schweiz. Wir werden auch in Zukunft keinen



separaten Zug fahren. Die Anliegen der SVP in den Gemeinden, im Kanton und die der SVP Schweiz sind auch die unseren.»

AMT STADT LUZERN

Heiligt der Zweck alle Mittel?

Am 22. September 2013 haben die Luzerner Stimmbürger die Initiative «Für eine attraktive Bahnhofstrasse» mit überraschend tiefen 55.8% Ja-Stimmen angenommen. Wieso überraschend? Weil im Vorfeld der Abstimmung die Bevölkerung nur überaus einseitig informiert wurde. Desinformation wäre hier wohl das bessere Wort. Dabei ist die Medienberichterstattung das eine – wenn alle dafür sind ausser der SVP, kann man sich ja vorstellen, wie die Medienberichterstattung in unserem Monopolblatt gestaltet wird. Das zweite, und rechtlich relevante ist aber: Wie informieren die Behörden?

Das Hauptkommunikationsmittel zuhnden der Stimmbevölkerung ist das Abstimmungsbüchlein des Stadtrates. Geschrieben wird dieses von der Kommunikationsstelle der Stadt Luzern. Diese sieht ihre Aufgabe seit Jahr und Tag aber nicht darin, die Bevölkerung objektiv zu informieren, sondern darin, die stadträtlichen Vorlagen, koste es was es wolle, durchzuboxen. Wenn da die Wahrheit auf der Strecke bleibt, macht dies ja nichts. Dabei ist klar, dass die Wahrheit nicht ersichtlich wird, wenn nur das erwähnt wird, was aus

Sicht des Stadtrates hilft, die Vorlage durchzubringen – andere Ansichten aber verschwiegen werden. Und so konnten der Stadtrat, der sich vorbehaltlos hinter die Initiative stellte, und die Initianten, die SP, die Vorteile dieser Initiative auf 8 Seiten ausbreiten. Den gegnerischen Argumenten wurden gerade einmal 15 Zeilen eingeräumt – und auch das nur mit einem zusammenschusterten SVP-Zitat aus der Parlamentsdebatte.

Nach Ansicht der SVP verstosst die Desinformation der Stadtluzerner

Kommunikationsstelle klar gegen die Rechtsprechung des Bundesgerichts. Diese setzt hohe Anforderungen an die Sachlichkeit und Objektivität von Abstimmungserläuterungen: «Im Sinne einer gewissen Vollständigkeit verbietet das Gebot der Sachlichkeit indes, in den Abstimmungserläuterungen für den Entscheid des Stimmbürgers wichtige Elemente zu unterdrücken oder für die Meinungsbildung bedeutende Gegebenheiten zu verschweigen». Dies hat der Stadtrat zweifellos getan.

Kein Wort über die Gesamtkosten von ca. 6–8 Millionen Franken, kein Wort, dass faktisch auch die Theater- und Seidenstrasse gesperrt werden müssten und auch dort, nicht nur in der Bahnhofstrasse, die Parkplätze aufgehoben werden müssten.

Kein Wort davon, dass die Zufahrt zum Flora-Parking erheblich er-



schwert wird. Kein Wort davon, dass die Stadt sich dieses Projekt gar nicht leisten kann – es sei denn, man will die Steuern noch einmal erhöhen.

Gegen diese Abstimmungsunterlagen hat die SVP eine Stimmrechtsbeschwerde eingereicht, die vom Regierungsrat abgelehnt wurde. Deren Urteilsweise war aber dermassen widersprüchlich, nicht nachvollziehbar und damit willkürlich, dass sich die SVP entschied, eine Verwaltungsbeschwerde einzureichen und zu verlangen, dass diese Abstimmung wiederholt wird. Was sich der Stadtrat hier geleistet hat, ist einer Demokratie unwürdig.

Lisa Zanolla, Grossstadträtin SVP, Luzern

Zu den städtischen Volksabstimmungen vom 9. Februar 2014



Immer mehr Geld ausgeben – auch ohne genehmigten Voranschlag?

Ende 2011 hatte die SVP Stadt Luzern erfolgreich das Referendum gegen den Voranschlag 2012 der Stadt Luzern ergriffen. Auch wenn folgend die Stimmbevölkerung dem Voranschlag zugestimmt hatte, bewirkte dieses Referendum doch ein leichtes Umdenken in der Finanzpolitik der Stadt Luzern. Vor allem musste auch der Stadtrat bis zur (aus seiner Sicht) erfolgreichen Volksabstimmung mit vielen Ausgaben vorerst einmal zuwarten.

Erlaubt war es dem Stadtrat einzig, «Ausgaben für die ordentliche Staatstätigkeit zu tätigen». Der Stadtrat möchte nun mit einer Anpassung in der Gemeindeordnung die Ausgabenermächtigung beim

Fehlen eines genehmigten Voranschlags auch auf «Ausgaben für die wirtschaftliche Staatstätigkeit» ausweiten. Konkret begründet der Stadtrat diese Anpassung damit, dass «dem Stadtrat auch bei einem

noch nicht verbindlichen Voranschlag mehr Handlungsspielraum gegeben wird, als dies heute der Fall ist».

Die SVP-Fraktion musste anlässlich der Kommissions- und Parlamentsberatung jedoch feststellen, dass der Stadtrat nicht begründen konnte, weshalb seine Ausgabenkompetenz ohne genehmigten Voranschlag massiv ausgeweitet werden soll. Konkrete Beispiele, welche Ausgaben beim letzten Budgetreferendum mit der neuen

Regelung zusätzlich hätten getätigt werden können, nannte der Stadtrat keine. Der Begriff «wirtschaftliche Staatstätigkeit» ist sehr schwammig formuliert. Schon bei der Abwägung, ob es sich bei einer Ausgabe um eine «ordentliche Staatstätigkeit» handelt oder nicht, ist viel Spielraum gegeben. Ein Ermessensspielraum, welcher mit dem Begriff «wirtschaftliche Staatstätigkeit» noch weiter ausgeweitet wird. Zählt zum Beispiel die Führung eines Quartierbüros zur «ordentlichen Staatstätigkeit»,

oder wird dies als «wirtschaftliche Staatstätigkeit» definiert?

Die SVP vertritt die Ansicht, dass das parlamentarische Recht und sogar das Volksrecht, ein Budget an den Stadtrat zurückzuweisen,

nicht durch eine schwammig formulierte Ausweitung der Ausgabenkompetenz verwässert werden darf. Mit der vorgeschlagenen Anpassung der Ausgabenkompetenz würde eine Ablehnung eines Voranschlags im Grossen Stadt-

rat oder das Ergreifen einer Referendumsabstimmung zur Makulatur, da die Ausgabenkompetenz trotz fehlendem bewilligtem Voranschlag nicht oder nur sehr marginal eingeschränkt würde.

Deshalb – NEIN zu Erhöhung der Ausgabenkompetenz in der Gemeindeordnung.

NEIN zur Aufweichung des Bürgerrechts

Bisher besteht in der Stadt Luzern das politische Recht, dass hundert Stimmberechtigte eine «Volksmotion» an den Grossen Stadtrat einreichen können. Neu soll dieses Recht (neu Bevölkerungsantrag genannt, bei 200 erforderlichen Unterschriften) auch auf Ausländer mit Ausweis C ausgeweitet werden.

Im Grossen Stadtrat wurde diese Begehren sowohl von der SVP wie

auch der FDP bekämpft. Im Kanton Luzern wurde an der Volksabstimmung vom 27. November 2011 die Volksinitiative «Mit(be-)stimmen!», welche forderte, dass den niedergelassenen Ausländerinnen und Ausländern das Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten zu verleihen sei, von den Stimmberechtigten des Kantons Luzern mit 84% Nein-Stimmen (in der Stadt Luzern mit 67 % Nein-Stimmen) abgelehnt. Die SVP Stadt Luzern erach-

tet das erneute Vorpreschen der Mitte-links-Parteien als Zwängerei, mit dem Ziel der Einführung des Ausländerstimmrechts.

Ausländerinnen und Ausländer haben bereits heute mit dem Petitionsrecht eine ausreichende Mitwirkungsmöglichkeit. Das Schweizer Bürgerrecht und die damit verbundenen politischen Rechte sollen weiterhin einen höheren Stellenwert haben als eine

Niederlassungsbewilligung C. **Aus diesen Gründen lehnt die SVP Stadt Luzern die Idee, die Bürgerrechte auf Ausländerinnen und Ausländer auszuweiten ab und empfiehlt die Änderung der Gemeindeordnung abzulehnen.**

Marcel Lingg, Grossstadtrat SVP Stadt Luzern

Weitere Infos:
www.svpluzern.ch

AMT LUZERN LAND

Neues Sitzbänkli an der Ecke Dorfstrasse/Rössliparkplatz

In Schwarzenberg erhalten alle aktiven politischen Parteien als Anerkennung ihrer Arbeit und Mitwirkung in der Gestaltung der Gemeinde einen Jahresbeitrag, der sich nach der Anzahl Listenstimmen der vergangenen Kantonsratswahlen richtet. Da die noch junge SVP Schwarzenberg bei den vergangenen Wahlen 2011 auf Anhieb am meisten Listenstimmen verzeichnen konnte, durfte sie sich über einen nicht erwarteten jährlichen Zustupf in die Parteikasse freuen.

Doch dies wollte die Parteileitung nicht einfach so für sich beanspruchen, sondern in einer dankbaren Form der Bevölkerung von Schwarzenberg/Eigenthal zurückgeben. So hat sich der Vorstand nach einigen Ideen für ein «Sitzbänkli» entschieden. Aber es sollte nicht irgendein «normales» Bänkli sein, sondern auch einen Platz für Ruhe, Rast und Erholung bieten. Ebenso sollte die architektonische Gestaltung anspruchsvoll und gut in die Umgebung integriert sein. Der Platz gegenüber dem Restaurant Rössli, gleich neben dem Stein mit unserem Herrgott, schien dafür ideal – um den Passanten eine

andere Sitz-Variante als den kalten Fels anzubieten. Auf Anfrage und Einreichung der Baupläne hat uns der Gemeinderat grünes Licht für die Erstellung gegeben. Es folgten unzählige Fronarbeitsstunden zahlreicher SVP-Mitglieder und Sympathisanten, bis das Ruhebänkli fertig vorfabriziert war. Für uns war es natürlich eine Selbstverständlichkeit, dass wir die Werkstoffe von heimischen Unternehmen beziehen. Wir danken der Schmid & Rüssli Holzbau AG sowie der Schlosserei Furrer Heinrich für die Unterstützung! Am Samstag, 14. September 2013, nahm dann der erste Bautrup den



Aushub und den Aufbau des Fundamentes samt Zuweg in Angriff. Eine Woche später erfolgte die Errichtung des Bänkli durch die Zimmermann-Spezialisten. Am späten Nachmittag des 21. Septembers 2013 konnte die Errichtung samt «Aufrichtbäumli» vollzogen und das Sitzbänkli der Bevölkerung und allen Erholungs-Suchenden in Schwarzenberg übergeben werden. Und natürlich dauerte es nicht lange, bis die ersten müden Wanderer freudig das Bänkli als schattigen Platz für eine kurze Rast nutzten.

Patrick Bourquin, Vorstand SVP Schwarzenberg



Gründung der SVP-Ortspartei Udligenswil



(v.l.n.r.): Nadia Studer, Daniel Keller, Nicolas Odermatt (es fehlt: Heinz Buess).

Nun ist es soweit: Im Wahlkreis Luzern Land wurde am Mittwoch, 11. Dezember 2013, die SVP-Ortspartei Udligenswil offiziell gegründet. Der Vorstand der jüngsten Ortspartei umfasst 4 Mitglieder:

Präsident: Daniel Keller (46 Jahre), Unternehmer & Kantonsrat, ehemals SVP Stadt Luzern

Vizepräsident & Aktuar: Nicolas Odermatt (22)

Kassierin: Nadia Studer (32)

Beisitzer: Heinz Buess (68)

Mit einem Wähleranteil von rund 25% bei den Kantonsratswahlen 2011 steigerte sich die SVP nur

ganz knapp hinter der FDP zur zweitstärksten Partei in der 2'200 Einwohner zählenden Gemeinde. **Die offizielle Gründungsfeier wird am Mittwoch, 12. Februar 2014, im Pfarreisaal in Udligenswil stattfinden.** Als Gastreferent konnte Nationalrat Toni Brunner, Präsident der SVP Schweiz, gewonnen werden.

Im Zusammenhang mit dem bis dahin zurückliegenden Abstimmungswochenende vom 9. Februar wird Toni Brunner sicher interessante Neuigkeiten zu berichten wissen. Die Ortspartei Udligenswil freut sich schon jetzt auf Ihren Besuch!

Frischer Wind für Udligenswil!



Gastreferent
**Nationalrat
Toni Brunner**



Öffentliche Gründungsfeier der SVP-Ortspartei Udligenswil

**Mittwoch, 12. Februar 2014
20.00 Uhr (Türöffnung: 19.30)
Pfarreizentrum, Udligenswil**

Weitere Infos: www.svplu.ch



**SCHWEIZER
QUALITÄT**

SVP

Die Partei des Mittelstandes

AMT SURSEE

SVP-Ortspartei Sempach feierlich gegründet

Am Montag, 4. November 2013, fand in würdigem Rahmen die öffentliche Gründungsfeier der Anfang September gegründeten SVP-Ortspartei Sempach statt. Vor über 60 Gästen im schön gefüllten Saal des Rest. Ochsen, sprach Nationalrat Toni Brunner, Präsident der SVP Schweiz, zu aktuellen Themen aus Bundesbern. Speziell warb er für ein Ja zur Familieninitiative, welche Familien, die ihre Kinder nicht fremd betreuen lassen, steuerlich entlasten will. Der neuen Ortspartei Sempach wünschte Toni Brunner viel Erfolg, Kraft und den Mut,

gegen den Strom zu schwimmen und auch mal unbequeme Themen zu thematisieren.

Zum Präsidenten der SVP-Ortspartei Sempach wurde Markus Greter gewählt. Er stellte seine Vorstandskollegen und seine Person vor und erklärte seine Ziele mit der SVP. Als Alternative zu den alt eingesessenen Ortsparteien der CVP und FDP, die sich über Jahrzehnte die Pöstchen und Ämter untereinander aufgeteilt haben, möchte die SVP aktiv Verantwortung übernehmen, die Stadtpoli-



Der Gründungsvorstand der SVP Sempach mit Toni Brunner. (v.l.n.r.): Hans Stampfli (Kassier), Toni Brunner, Janine Kohler (Vizepräsidentin & Aktuarin), Markus Greter (Präsident).

tik konstruktiv mitgestalten und einen massgeblichen Beitrag an die Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger leisten. Der neu ge-

wählte Vorstand ist motiviert und bereit, frischen Wind ins Sempacher Städtli zu bringen und aktiv am politischen Leben teilzuhaben.

Stamm der SVP Amt Sursee

Am 20. November 2013 hielt die SVP Amt Sursee ihren bewährten Stamm ab. Geladen wurde ins Restaurant Rössli in Mauensee, jener Gemeinde, in welcher kürzlich eine weitere SVP-Ortspartei gegründet werden konnte. Präsidentin Angela Lüthold-Sidler durfte im gut besetzten Sali zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Ortsparteien aus dem Amt Sursee begrüßen.

Als erste Referentin gab Vroni Thalmann-Bieri, Kantonsrätin und Sozialvorsteherin der Gemeinde Flühli, eindrückliche Einblicke in ihre Tätigkeiten auf dem Sozialamt. Die anschliessende Diskussionsrunde wurde rege genutzt und es stellte sich heraus, dass die «Hilfe zur Selbsthilfe» in verschiedenen Gemeinden unterschiedlich wahrgenommen wird.

Im Anschluss präsentierte Kantonsrat Rolf Bossart die bevorstehenden Auswirkungen des Lehrplans 21 auf die Gemeinden. Insbesondere die finanziellen Folgen und die unklaren Formulierungen lieferten intensiven Gesprächsstoff. Rolf Bossart stand nach seinen kurzen und klaren Ausführungen kom-



Kantonsrätin Vroni Thalmann (Flühli) und Kantonsrat Rolf Bossart (Schenkon).

petent für Fragen zur Verfügung und nahm Anregungen aus der Basis entgegen.

Bei einem geselligen Meinungsaustausch und Schlummer-Becher fanden die anwesenden Mitglieder der Ortsparteien Gelegenheit, sich untereinander auszutauschen.

SVP Amt Sursee

17. ordentliche GV der SVP Ruswil – neuer Präsident gewählt

Die Ruswiler SVP lud am Dienstag, 26. November 2013 zu ihrer 17.ordentlichen Generalversammlung ein. Es konnte eine tolle Anzahl gutgelaunter Mitglieder und Neumitglieder begrüsst werden. Nach dem traditionellen Imbiss, diesmal aus der Küche des Ruswiler Restaurants Löwen, widmete man sich gestärkt den traktandierten Geschäften.

Im Jahresrückblick konnte auf eine Vielzahl Aktivitäten und Geleistetes geschaut werden. Neben parteiinternen Aufgaben wurden auch die Engagements in Behörde und Kommissionen unserer Mitglieder erwähnt. Die SVP Ruswil ist stolz, ihren Beitrag zum Ruswiler Gemeinwohl zu leisten.

Aus dem Vorstand wurde Raffi Chimenti verabschiedet. Er gehörte dem Vorstand drei Jahre als Beisitzer an. Seine geleistete Arbeit wurde mit einem grossen Applaus verdankt. Die SVP Ruswil ist erfreut, mit der dies-



Fabian Stadelmann (Präsident).

jährigen Generalversammlung den Vorstand wieder komplettiert und das Präsidium neu besetzt zu haben.

Neu dabei sind: Fabian Stadelmann (Präsident) Brigitte Bächler (Kassierin), Ueli Muff (Beisitzer). Die weiteren Vorstandmitglieder teilen sich folgende Aufgaben: Ruth Limacher (Vizepräsidentin), Frowin Hüsler (Aktuar), Martin Schwegler (Beisitzer).

Mit dem Jahresprogramm und weiteren Voten aus den Reihen der Mitglieder wurde die Versammlung abgerundet. Im Anschluss wurde im gemütlichen Rahmen weiter zusammen gesessen und zusammen diskutiert und politisiert.

Frowin Hüsler, Ruswil

AMT WILLISAU

Chlaushöck der SVP Ettiswil

Am Donnerstag, 5. Dezember 2013, fand der traditionelle Chlaushöck der SVP-Ortspartei Ettiswil statt. Um 20.00 Uhr besammelte sich die Ettiswiler SVP-Familie im Restaurant Schwert. Unter den Anwesenden durften wir nebst Kantonsrat Toni Graber, wiederum neue Parteisympathisanten begrüßen.

Nach einigen interessanten Diskussionen erschien plötzlich der Samichlaus mit seinem Schmutzli. Der Samichlaus sprach zu den Anwesenden, dass es ihn erfreue, wie sich die SVP für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger einsetzt. Die Politik der SVP sei bodenständig und bürgernah. Er lobte die Parteimitglieder für ihre Einsätze

zugunsten der Partei. Als Dank beschenkte er die Anwesenden mit Nüssen, Mandarinen und Lebkuchen.

Nachdem der Schmutzli noch einige «Brämi» verteilt hatte, begann die Diskussion zur bevorstehenden Gemeindeversammlung. Anhand der Botschaft des Gemeinderates wird aufgezeigt, dass in den nächsten Jahren die Steuern langsam erhöht werden sollten. Diesbezüglich konnte anhand der Diskussionen festgestellt werden, dass zuerst Sparmassnahmen aufgezeigt werden müssen und nur noch für wirklich wichtige Sachen Geld ausgegeben werden sollte. Allerdings werden immer mehr Lasten vom Bund und Kanton auf die Gemeinden abgewälzt. Diesbezüglich



(v.l.n.r.): Schmutzli, Jacqueline Vonwyl (Vorstand), Samichlaus, Daniel Vonwyl (Präsident), Susanne Feher (Vorstand), Toni Graber (Kantonsrat, Schötz)

hatte sich die SVP schon oft dagegen ausgesprochen, allerdings als einzige Partei. Im Anschluss offerierte die SVP Ettiswil den Anwesenden noch ein

ordentliches «Chlauskafi». Nach weiteren sachlichen Diskussionen löste sich die Versammlung langsam auf.

green.ch
Internet made in Switzerland

Surfen, telefonieren, fernsehen.

Grosse Unterhaltung zum kleinen Preis.

AB CHF
59.-
PRO MONAT

www.greenmulti.ch

Trotz Henslers Abgang ist die Sache noch nicht ausgestanden

Der Luzerner Regierungsrat informierte am Dienstag, 3. Dezember 2013, über die Ergebnisse der Administrativuntersuchung Sollberger betreffend die Luzerner Polizei. Wie die SVP seit Monaten fordert, wurde dabei verkündet, was nicht länger zu vermeiden war: Der Luzerner Regierungsrat trennt sich von Polizeikommandant Beat Hensler, in viel sagendem «gegenseitigem Einvernehmen». Die SVP des Kantons Luzern begrüsst diesen überfälligen Schritt, der die Grundlage für einen vertrauensbildenden Neuanfang bei der Luzerner Polizei schafft. Um die über Monate schwelende Unruhe endlich zu beenden und das Vertrauen in die Luzerner Polizei wieder nachhaltig herzustellen, müssen allerdings dringend weitere Massnahmen folgen.

Sein fragwürdiger Führungsstil, inakzeptable Beförderungen und eine mangelhafte Kommunikationspolitik machten eine Weiterbeschäftigung von Kommandant Hensler untragbar. Doch es ist zu kurz gegriffen, ihn alleine für die Polizeimisere verantwortlich zu machen.

Das «System Hensler» umfasst ein ganzes Netzwerk von Günstlingen und Mitwissern, bis an die Spitze des Polizeikorps. Hensler ist – auch hierarchisch betrachtet – nicht die Spitze des Eisberges. Obwohl seine direkte Vorgesetzte, SP-Regierungsrätin und Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartements

Yvonne Schärli, sich mit der Einsetzung der Administrativuntersuchung Sollberger geschickt aus der Affäre zu ziehen gedachte, lässt sich ihre Mitverantwortung an den Missständen und der Unruhe im Luzerner Polizeikorps nicht schön reden.

So ist die Krise trotz der absehbaren Trennung von Kommandant Hensler längst nicht behoben. Regierungsrätin Schärli steht nun in

der Pflicht, auf ihr monatelanges Wegsehen und Zögern endlich Taten folgen zu lassen und durch die Einleitung weiterer, allenfalls auch unpopulärer Massnahmen für Ordnung zu sorgen. Die an der Medienorientierung angekündigten ersten Neuordnungen nützen nichts, wenn deren konsequente Umsetzung nicht genau kontrolliert wird.

SVP Kanton Luzern

Wer unter der gegenwärtig instabilen Lage an der Spitze des Polizeikorps am meisten leidet, sind die vielen tadellos arbeitenden Polizistinnen und Polizisten, die sich Tag für Tag in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger stellen.

NEIN**zum schleichenden
EU-Beitritt**

Präsident: Dr. Christoph Blocher
 Sekretär: Dr. Ulrich Schlüer

- Worum geht es?
- Was ist zu tun?



Komitee «Nein zum schleichenden EU-Beitritt»

Ich trete bei (Jahresbeitrag: Mindestens Fr. 10.–)

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr: _____

PLZ: _____ Ort: _____

E-Mail: _____

(Wir benötigen Ihre Mail-Adresse, damit wir Sie regelmässig über Aktivitäten informieren können.
 Wir versprechen Ihnen: Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.)

Jahrgang: _____ Datum: _____ Unterschrift: _____

**«Institutionelle Einbindung»
 in die EU via Rahmenvertrag
 heisst für die Schweiz:**

- Fremde Richter, fremdes Recht
- Souveränitätsverlust
- Verlust der Unabhängigkeit
- Verlust von Selbstbestimmung
- Demontage der Direkten Demokratie

Die massivst überschuldete EU verlangt von der Schweiz «institutionelle Einbindung». In Wahrheit will sie auch an unser Geld. Wir sind nicht Brüssels Milchkuh!

NEIN
 zum schleichenden
 EU-Beitritt

Bitte abtrennen und einsenden an:
 Komitee
 «Nein zum schleichenden EU-Beitritt»
 Postfach 23
 8416 Flaach ZH

KALENDER

Januar 2014

2. Januar	Christoph Blocher ehrt grosse Schweizer
9. Januar	Kantonale Delegiertenversammlung
10./11. Januar	Bad Horn Tagung
14. Januar	Podium zur Masseneinwanderung in Emmen
16. Januar	Sitzung der Parteileitung
22. Januar	Kantonale Fraktionssitzung
27./28. Januar	Session Kantonsrat

Februar 2014

9. Februar	Eidg. und kant. Abstimmungen
15. Februar	Kadertagung SVP Kanton Luzern
20. Februar	Sitzung der Parteileitung
22. Februar	Fraktionssitzung
22. Februar	SVP-Jasscup
22. Feb. – 8. März	Sportferien Kanton Luzern

März 2014

3. – 21. März	Session National- und Ständerat
5. März	Redaktionsschluss «SVP Kurier»
19. März	Generalversammlung SVP Amt Sursee
20. März	Sitzung der Parteileitung
26. März	Kantonale Fraktionssitzung
31. März – 1. April	Session Kantonsrat

erni | medien gmbh
WERBUNG GRAFIK FOTO



erni medien gmbh
Luzernerstrasse 45
6014 Luzern-Littau

Tel. 041 250 72 40
Fax 041 250 72 41
daniel.erni@
ernimedien.ch

Konzept/Grafik/Foto/Internet

- Werbe- /Marketingberatung
- Direct-Marketing-Konzeption
- Event- /Messeplanung
- Grafikdesign, CI-Konzepte, Logos
- Digital-Fotografie, Bildbearbeitung
- professionelle Internetauftritte

Drucksachen

- Briefpapier, Visitenkarten, Couverts
- Flyers, Prospekte, Broschüren
- Kataloge, Periodikas, Bücher
- Kleber, Etiketten, Verpackungen

Beschriftungen

- Schaufenster- /Gebäudebeschriftung
- Fahrzeug- /Lastwagenbeschriftung
- Tafeln, Plakate, Blachen, Gitternetze



3 Vorschläge –
1 Logo –

CHF 240.– pauschal –

www.masseneinwanderung.ch



**Masslosigkeit
schadet!**

**Massen-
einwanderung
stoppen JA**



PC 60-167674-9